



ONLINE

# DOKUMENTATION

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
26. Mai 2009

Prof. Dr. Waldemar Schrecken-  
berger

[www.kas.de](http://www.kas.de)

## „25 Jahre Urknall“

ABSICHTEN, BILANZ, AUSBLICK – EINE MEDIENPOLITISCHE BE-  
TRACHTUNG AUF DEM 6. BERLINER MEDIEN DISKURS

### *Persönliche Anmerkungen zur Podiumsdiskussion*

Der Mediendiskurs erörterte vor allem die Folgen und Aussichten einer Einführung des Privaten Rundfunks. Der langwierige Entwicklungsprozess kam aber nur kurz zur Sprache. Er ist aber für das notwendige Verständnis der Rundfunkeinführung unentbehrlich. Eine maßgebliche Rolle spielten zu Beginn der öffentlichen Erörterung über die Einführung privater Rundfunksender: das Erfordernis alternativer Programme, die neuen Medientechniken und die Kosten für Herstellung und Betrieb.

Es war der damalige Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Dr. Helmut Kohl, der diese Themen aufgriff und mich damit beauftragte, das Projekt weiter zu verfolgen. Sein Nachfolger, Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel, hielt sich stets an diese Arbeitsteilung. Sie folgte mir auch, als ich die Staatskanzlei verließ und das Amt des Justizministers übernahm.

Ein wichtiges Projekt war zunächst die Finanzierung der Kabelkommunikation. Ich hielt in dieser Frage einen engen Kontakt zu dem damaligen Staatssekretär Dietrich Elias im Bundespostministerium (Postminister Gscheidle). Ich vereinbarte mit ihm, die großen Wirtschaftsunternehmen, die in Frage kamen, nach Mainz einzuladen.

Die Aussprache war verheerend. Denn durchweg wurden unbezahlbare Preise für eine Verkabelung gefordert. Als ich Herrn Elias bei einer Vorsprache in Bonn darüber berichtete, lachte dieser und raunte mir zu, dass die Preise vorher mit ihm abgesprochen seien. Es war offensichtlich, dass mit dem Bund und der aktuellen Wirtschaft keine Lösung möglich war. Ich entschied mich daraufhin, das Land mit den meisten privaten Rundfunkanstalten, die USA, aufzusuchen. Eine große Stütze war Herr Claus Detjen von den Zeitungsverlagen. In seiner Begleitung besuchte ich mehrere Rundfunkanstalten und erörterte mit diesen alle einschlägigen Probleme, insbesondere alle Fragen der wirtschaftlichen Kosten. Wir beschlossen daraufhin, die größte amerikanische Rundfunkanstalt in New York aufzusuchen. Das Gespräch endete mit der Zusage, eine Kabelanlage in einer von mir genannten Stadt zu verlegen. Der Preis erreichte nicht einmal die Hälfte der Kostenvorschläge unserer Wirtschaftsunternehmen.

Nach meiner Rückkehr erörterte ich in einer öffentlichen Veranstaltung in Mainz meine Erfahrungen. Danach war das Kabelpilotprojekt in greifbare Nähe gerückt.

Als eine schwierige Aufgabe erwiesen sich auch die Erörterungen mit den Bundesländern. In den von der CDU geleiteten Regierungen fanden wir, von einzelnen Vorbehalten abgesehen, eine grundsätzliche Zustimmung. Zahlreiche Gespräche führte ich mit den Staatskanzleien



insbesondere der SPD-geführten Regierungen und mit einigen ihrer Ministerpräsidenten. Ich wurde schließlich als eine Art Vermittlungsagent akzeptiert.

In einer Ministerpräsidentenkonferenz, in der grundsätzlich die Einführung des Privatrundfunks beschlossen werden sollte, konnte ich in langen privaten Nachtgesprächen ermitteln, dass die sozialdemokratischen Regierungschefs nur unter einem Vorbehalt zustimmen wollten. Sofort unterrichtete ich darüber Herrn Dr. Vogel. Es gelang, die eigenen Reihen zu einem Kompromiss zu bewegen. Das Einverständnis kam schadenlos zustande.

In den öffentlichen Auseinandersetzungen wurde dem ZDF von den Gegnern des Rundfunkprojektes meist eine begrenzte Ablehnung vorgeworfen. Diese entsprach jedoch nicht der Praxis. Hierfür ein Beispiel: Die Regierungsfraktion von Rheinland-Pfalz hatte das ZDF zu einer Sitzung in den Landtag eingeladen. Plötzlich erreichte mich in meinem Büro ein Anruf, dass ich doch rasch in die Sitzung kommen möchte. Hier saßen ratlose Abgeordnete einigen forschenden Vertretern des ZDF gegenüber, die entschieden die Einführung des Rundfunkprojektes als höchst nachteilig für Bund und Länder ablehnten. Ich erklärte den Abgeordneten: „Diese Aussagen können sie vergessen, denn sie haben nur den einen Grund, die herausragende Stellung der eigene Einrichtung in jeder Hinsicht aufrecht zu erhalten.“ Der Vorsitzende der Sitzung beendete daraufhin, mit sichtlicher Erleichterung der Abgeordneten, die Sitzung.

Das freundliche, aber stets kritische Verhältnis der Vertreter des öffentlichen Rundfunks wurde durch meine bekannte Vorsorge für einen privaten Rundfunk nicht ernsthaft geschmälert. Denn schließlich verband uns die Sorge um eine angemessene finanzielle Ausstattung der Rundfunkanstalten. Als Vorsitzender der Rundfunkgebühren-Kommission der Länder, unterstützt von dem nachmaligen Präsidenten der Oberfinanzdirektion in Koblenz, Herrn Konrad Laube, hatte ich einen gründlichen Einblick in das Kostenverhalten der Rundfunkanstalten. Er nutzte mir auch im vorliegenden Projekt.

Trotz aller öffentlich geäußerten Bedenken hat die Regierungsfraktion in Rheinland-Pfalz zu einer abschließenden Beratung über die Einführung des privaten Rundfunks eingeladen.

Die Begründung in der Fraktionssitzung wurde mir übertragen. Ich gab zahlreiche Erläuterungen zur Entwicklungsgeschichte des Projekts und zur besonderen Bedeutung für den öffentlichen Informations- und Meinungsbildungsprozess als Grundlage für ein vertieftes Demokratieverständnis. Die Stimmungslage der Abgeordneten schien mir aber nicht ganz eindeutig. Ich ergänzte daher die Ausführungen: „Meine Damen und Herren, Sie sind in einer Lage wie die christlichen Missionare. Viele von ihnen verloren bekanntlich ihr Leben. Ich darf Sie aber versichern: Die Regierung wird alles tun, um Ihnen dieses Schicksal zu ersparen.“ Es folgte ein kräftiges Gelächter und schließlich die einstimmige Billigung.

Schließlich ist noch auf die verlässliche Hilfe von Radio Luxemburg für den Betrieb privater Rundfunksender hinzuweisen.

Ich vermittelte Gespräche mit potenziellen Veranstaltern, um ihnen die langjährigen praktischen Erfahrungen oder eine Zusammenarbeit zu erschließen.

Das Symposium geht selbstverständlich von Ludwigshafen als dem Ort des „Urknalls“ aus. Aber auch die Sitzfrage stieß zunächst auf erhebliche Schwierigkeiten. Als alter Ludwigshafener warb ich für Ludwigshafen als der größten Stadt von Rheinland-Pfalz. Dies fand bei den sozialdemokratischen Abgeordneten weitgehend Ablehnung. So entschloss ich mich, mit dem langjährigen sozialdemokratischen Oberbürgermeister der Stadt (Amtszeit: 1965 – 1993),



Herrn Dr. Werner Ludwig, zu sprechen. Er war ein entschiedener Vertreter sozialdemokratischer Politik, mit der sich bekanntlich auch Helmut Kohl lange Jahre in der Stadt auseinandersetzen musste. Ich konnte ihn schließlich davon überzeugen, dass die Rundfunkzentrale eine erhebliche Bereicherung für eine Stadt sei, die zwar größte private Wirtschaftsunternehmen, aber nur sehr wenige öffentliche Einrichtungen von Bund und Ländern aufweise. Auch sei die neue Entwicklung eine Bereicherung der Kultur der Stadt, die nach allgemeiner Auffassung erheblichen Nachholbedarf aufweise. Herrn Dr. Ludwig gelang es, seine Widersacher schließlich zu überzeugen, und er erklärte sein Einverständnis. So kamen die Bemühungen von zwei Bürgern der Stadt Ludwigshafen zu dem wünschenswerten Ergebnis, das zugleich den Ort des „Urknalls“ begründete. Beide sind, wie Helmut Kohl, mit dem in Ludwigshafen verliehenen Orden „Pälzer Krischer“ ausgezeichnet.

Mein umtriebiger Einsatz für die Einführung des privaten Rundfunks in Land und Bund wurde von meinem persönlichen Umfeld oft mit Erstaunen belächelt. Es gab zwei Antriebe: Die besondere politische Aufgabe und meine Arbeiten als Professor für Rechtsphilosophie, die sich mit Fragen der politischen Kultur und der demokratischen Verfassungsordnung beschäftigten. Für beide Themen sind Kriterien der allgemeinen öffentlichen Information und Meinungsbildung (pragmatische Rhetorik) von maßgeblicher Bedeutung.